

## Rede zur Einbringung des Haushalts 2025, der mittelfristigen Finanzplanung bis 2028 und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Einbringung des Haushalts ist alljährlich ein bedeutsamer Meilenstein im politischen Geschehen einer Kommune. In diesem immer umfangreicher werdenden Zahlenwerk wird festgelegt, welche Projekte in welcher Zeit und in welchem Umfang im nächsten und den darauffolgenden Jahren realisiert werden sollen, wie deren Finanzierung erfolgen kann und in welchem Umfang die Einwohner der Kommune diese Finanzierung mittragen müssen. Und es ist kein Geheimnis: In Donzdorf wie auch in anderen Kommunen ist die Liste der Aufgaben größer als die zur Verfügung stehenden Budgets. Und in diesem Jahr kommt erschwerend hinzu, dass auf der Budgetseite gravierende, negative Veränderungen gegenüber früheren Planungen und Überlegungen eingetreten sind. Man braucht die Presse nicht einmal besonders sorgfältig zu verfolgen, man hört und spürt es allerorten – die Wirtschaft zeigt unübersehbar einen Abwärtstrend, konsumtive Ausgaben aus vermeintlichen Wohltaten der Vergangenheit nehmen immer breiteren Raum ein, nicht getätigte Investitionen lassen sich ohne Folgeschäden nicht mehr aufschieben und die deutsche Gesellschaft mit ihren Regierungen in Bund und Land vermittelt keineswegs den Eindruck, als hätte sie das Heft des Handelns im Griff und die Kraft, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Man versucht sich durchzuwurschteln in der Hoffnung, dass es schon mal wieder besser wird und sich die Probleme einfach auflösen. Zugegeben, manchmal hat das in der Vergangenheit schon funktioniert, aber ein Plan, zumal ein zukunftsfähiger sieht anders aus. Nun werden wir in Donzdorf die Welt und auch die Bundesrepublik nicht retten, aber wir müssen uns schon unsere Verantwortung stellen, für unseren eigenen Bereich und für das, was wir beeinflussen können. Lassen sie mich ein Beispiel aus diesem Jahr konkretisieren: Der Bund beschließt entgegen aller Mahnungen und ohne erkennbare Erfordernisse die Einführung der verpflichtenden Ganztagesbetreuung an den Grundschulen. Das ist nun Fakt. Die Kommunen, obwohl die intensivsten Mahner vor diesem Gesetz, stellen sich der Verantwortung und beantragen beim Land die erforderlichen Zuschüsse. Und was passiert? Der Bund erklärt sich für nicht zuständig, die Landesregierung stellt fest, dass sie dafür keine ausreichenden Mittel hat und verfügt, die Zuschüsse im Losverfahren zu vergeben. Man muss sich das schon deutlich vor Augen halten: Eine kommunale Pflichtaufgabe wird nach gut Glück bezuschusst! Am Ende gab es dann doch noch ein Umdenken. Nach massiven Protesten der Kommunen und eigens erdachten Vorschlägen zur Finanzierung wurde das Losverfahren wieder zurückgenommen und in das bekannte Regelverfahren überführt. Man sieht: Die Kommunen können doch auch über ihren Hoheitsbereich hinaus etwas erreichen,

wenn sie mit Vernunft und konstruktiven Vorschlägen öffentlich und vehement ihre und damit die unmittelbaren Interessen der Menschen vertreten.

Was bedeutet dies nun für den Donzdorfer Haushalt und die Finanzplanung? Aus meiner Sicht sind es 4 wesentliche Kernpunkte:

- Wie müssen und wir werden unsere Pflichtaufgaben für Schule, Kindergarten und Feuerwehr erfüllen, und die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge treffen. Dafür sind wir da und das sind wir den Menschen in unsere Stadt schuldig.
- Wir werden die Einwohnerinnen und Einwohner stärker an der Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen müssen. Mit der Hebesatzentscheidung bei der Grundsteuer haben wir einen ersten Schritt getan, über die Preise für Wasser und Abwasser werden wir heute und in der Zukunft intensiv diskutieren müssen und auch alle Gebührenhaushalte müssen sich der Frage stellen, wo das Maß zwischen sozial vertretbar und wirtschaftlich geboten liegt, wie es die Gemeindeordnung so treffend formuliert.
- Für Investitionen werden wir Darlehen aufnehmen müssen, zumindest in einem gewissen Umfang, da wir nur geringe Eigenmittel erwirtschaften und keine nennenswerten Rücklagen zur Verfügung stehen. Für mich ist das auch nicht tragisch, denn zum einen haben wir in den vergangenen Jahren erheblich Schulden abgebaut, zum anderen investieren wir Infrastrukturprojekte und damit in die Sicherung der Zukunft. Und dieser Weg ist allemal der ehrlichere, als der unserer Bundesregierung, die viel zu lange so getan hat, als wäre alles kein Problem, Gelder für den Konsum freigab und Aufgaben so lange verschob, bis der Mangel evident wurde; man merke: Auch nicht erfüllte Aufgaben holen die Gesellschaft ein.
- Wir müssen die Verantwortlichen in Kreis, Land und Bund an die Grundregeln unserer föderalen Finanzstruktur erinnern und sie zur Einhaltung verpflichten. Klassisch sichtbar wird das an der Krankenhausfinanzierung: Wo auch immer in der Bundesrepublik, Krankenhäuser können im derzeitigen System nicht mehr kostendeckend betrieben werden. Die Bundesregierung stellt paradigmatisch ihre ideologiefixierte Reform über alles, das Land gefällt sich mit Investitionshilfen und der Kreis drückt seine nicht gedeckten Betriebskosten an die Kommunen ab. Konkret bedeutet dies eine Erhöhung der Kreisumlage um über 5 Punkte oder anders gesagt, eine Million mehr aus Donzdorf. Wissen Sie, was eine Million bedeutet? Es ist nahezu exakt die Summe, die benötigt wird, um Frei- und Hallenbad plus Musikschule, Bücherei und Volkshochschule zu betreiben. Würde man das ohne Gegenmaßnahmen einfach durchreichen hieße dies: Der Landkreis hat ein schönes neues Krankenhaus und im gesellschaftlichen Leben der Kommunen gehen die Lichter aus. Um dem entgegenzuwirken bedarf es zweierlei Maßnahmen:
  - Der Landkreis muss das Defizit der Kliniken als Fehlbetrag ausweisen, um deutlich zu machen, dass Krankenhäuser unter diesen Bedingungen weder von den

Landkreisen und auch nicht von den Kommunen vernünftig betrieben werden können

- Kommunen und Landkreise müssen gemeinsam ihre Kraft und Energie darauf verwenden, Bund und Land in die Verantwortung zu nehmen und Regelungen zu treffen, dass der kostendeckende, bevölkerungsnahe Betrieb von Kliniken wieder möglich wird. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Landkreis haben wir deshalb über den Kreisverband des Gemeindetages die Initiative gestartet, ein entsprechendes Defizit im Kreishaushalt auszuweisen und wir sind gerne bereit, tatkräftig daran mitzuwirken, dass sich die Rahmenbedingungen ändern.

Wenn sie nun das vorliegende Zahlenwerk betrachten, dann sehen sie, dass uns doch wieder einiges gelungen ist: Weder werden Bäder, noch Kultureinrichtungen geschlossen, der Bau zur Erweiterung des Feuerwehrmagazins ist finanziert und ebenso die Sanierung der Steingartenschule. Auch der Bau zur Erweiterung des Naturkindergartens um eine Gruppe ist in der Finanzplanung beinhaltet, ebenso die Fertigstellung des Kunstrasenspielfeldes und die barrierefreie Umgestaltung der ersten Bushaltestellen. Natürlich sind auch Gelder für die Weiterführung der Innenstadtentwicklung eingestellt und dafür, dass der Bestand an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen so gut wie möglich erhalten wird. Insgesamt ist dieser Haushalt der Versuch, alles ein bisschen langsamer, kleiner und kostengünstiger zu realisieren als dies in guten Zeiten möglich wäre, aber wir sehen darin einen bestmöglichen Kompromiss aller zu beachtender Rahmendaten und eine angemessene Reaktion auf die sich ändernde wirtschaftliche Situation. Im Finanzplanungszeitraum des städtischen Kernhaushalts bis 2028 haben wir bei einem Haushaltsvolumen von rd. 37 Mio. Euro eine Gesamtinvestitionstätigkeit von knapp 11 Mio. und eine Darlehensaufnahme von 2 Mio. in 2 Tranchen einen Mittelweg gewählt, der nach unserer Auffassung dem Gebot der Aufgabenerfüllung ausreichend Rechnung trägt und doch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune im Auge behält. Zwar steigt der Schuldenstand dann bis Ende 2025 auf rund 9,7 Mio., der aber durch die jährlichen Tilgungen ihm Höhe von 440TE wieder auf unter 9 Mio Euro sinken wird.

Ergänzend noch einige Anmerkungen zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe:

Größere Investitionen sind bei den Stadtwerken in den nächsten Jahren insbesondere durch den Neubau des Hochbehälters Marren eingeplant. Neben einer Planungsrate von 500TE in 2025 werden Baukosten in den Jahren 2026 und 2027 in Höhe von 4,5 Mio Euro erwartet. Außerdem sind die Kosten für die öffentlichen Stellplätze im Stadthaus am Wöhrplatz und

Planungskosten für den Umbau der Betriebszentrale infolge des Umzugs des städtischen Bauhofs eingeplant. Dass dies sicher in den kommenden Jahren nicht ohne Folgen für den Wasserpreis bleiben kann ist schon heute erkennbar, aber Zeitpunkt und Höhe werden wir in den kommenden Jahren diskutieren müssen.

Auch in der Energiesparte wird uns in den nächsten Jahren die Arbeit nicht ausgehen. Für die Wärmeplanung und das kommunale Energiemanagement sind die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 150TE eingestellt und auch die PV Anlage auf dem Freibaddach ist finanziert.

Etwas ruhiger entwickelt sich die Situation im Abwasserbereich: neben den jährlichen Investitionen für die regelmäßige Sanierung der Kanäle sind keine größeren Investitionen vorgesehen und auch die anteiligen Aufwendungen für die Kläranlage in Salach lassen keine außergewöhnlichen Kosten erwarten.

Das zu erreichen, war ein hartes Stück Arbeit, aber es hat sich wie immer gelohnt, intensiv daran zu arbeiten. Dafür darf ich Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderates sehr herzlich danken, denn wir haben uns in zwei Klausursitzungen intensiv und verantwortungsvoll mit den Möglichkeiten auseinandergesetzt und nur so diesen Kompromissweg gefunden. Ein ebenso herzlicher Dank gilt unserem Kämmerer Thomas Klein und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben nicht den Lindner gemacht und bühnenreif inszeniert, was alles nicht geht. Vielmehr haben sie, auch durch intensive Kleinstarbeit die Stellschrauben bewegt, die einen zumindest genehmigungsfähig erscheinenden Haushalt ermöglichen und es bleibt zu hoffen, dass die Genehmigungsbehörde entsprechend eines Erlasses des Innenministeriums bei der Genehmigung die in diesen Verhältnissen vernünftige Großzügigkeit walten lässt.

Gehen wir davon aus, dass auch die derzeitige Krise nicht dauerhaft sein wird, dass wir aber aus den jetzt erkennbar werdenden Fehlern lernen und am Ende das passiert, was häufig der positive Effekt von Krisen ist: Ob Individuum oder Gesellschaft, letztendlich bündeln sich in der Überwindung von Krisen Kräfte, die dann wieder neue Chancen ermöglichen. Aber den Weg durch die Krise müssen wir jetzt doch erst noch gehen.